

# Riesner Tageblatt



und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Verlagsstelle  
Tageblatt Riesner  
Grenzstr. 50.  
Postfach Nr. 52.

Das Riesner Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Großschönau, des Amtsgerichts und der Amtsanwaltschaft beim Amtsgericht Riesner, des Rates der Stadt Riesner, des Finanzamts Riesner und des Hauptzollamts Witzsch behördlicherseits bestimmte Blatt.

Postkammer  
Dresden 1584.  
Verlag  
Riesner Nr. 52.

Nr. 137.

Mittwoch, 15. Juni 1927, abends.

80. Jahrg.

Das Riesner Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7/8 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark 25 Pfennig durch Post oder durch Boten. Für den Fall des Eintrags von Produktionssteuern, Erhöhungen der Miete und Materialpreisen behalten wir uns das Recht der Preiserhöhung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 25 mm breite, 2 mm hohe Druckzeile (6 Spalten) 20 Gold-Pfennige; die 25 mm breite Kellereizeile 100 Gold-Pfennige. Zeitraubende und tabellarischer Satz 50%, Kufschlag, feste Tarife. Sonstiger Rabatt erfolgt, wenn der Betrag verfallt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs geht. Zahlungs- und Erfüllungsort: Riesner. Vortägige Unterhaltungsbeilage „Spazierer an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verleger oder der Verlegervereinigungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Retentionsdruck und Verlag: Sanger & Winterlich, Riesner. Geschäftsstelle: Götzestraße 58. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Ullmann, Riesner; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Riesner.

## Sächsischer Landtag.

### Antrag auf Landtagsauflösung, Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten. — Reichsversicherung. — Die staatlichen Landwirtschaftsbetriebe.

M. Dresden, 14. Juni.

Der Landtag hielt am heutigen Dienstag seine erste Vollversammlung nach der Pfingstpause ab. Zu Beginn der Sitzung schied die Mittagspause der bürgerlichen Parteien, was der Linken Anlaß zu höflichen Bemerkungen gab. Zunächst verliest der Schriftführer ein Schreiben des Ministerpräsidenten an den Landtagspräsidenten, durch das mitgeteilt wird, daß die bürgerlichen Minister um Entziehung von ihren Ämtern gebeten haben. Eine Entscheidung auf dieses Ersuchen habe der Ministerpräsident noch nicht treffen können. (Gelächter links.) Er habe die Herren gebeten, ihre Ämter bis auf Weiteres fortzuführen.

Abg. Böhmer (Komm.): Die kommunistische Fraktion habe einen Antrag auf Auflösung des Landtags eingebracht. Dem bürgerlichen Parteien sei es nicht gelungen, eine Regierung zustande zu bringen. Mit dem Rücktritt müsse es aufhören. Die Regierungskrise sei in einer ekelhaften Kauferei um die Ministerstelle. Seine Partei werde gegen die Regierung den schärfsten Kampf führen. Er beantrage sofortige Beratung des Auflösungsantrages.

Präsident Schwarz: Der Auflösungsantrag sei weder gedruckt noch verteilt, er werde am nächsten Donnerstag an zweiter Stelle die Tagesordnung bilden. (Weiterkeit.)

Abg. Liebmann (Soz.) erklärt, seine Partei sei damit einverstanden, daß der Auflösungsantrag am Donnerstag behandelt werde. Er könne verbunden werden mit dem sozialdemokratischen Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten.

Den ersten Punkt der Tagesordnung bildet die Beratung über Kap. 3.

### Reichsversicherung und Reichsverforgung

sowie über einen Antrag der Nationalen wegen Gewährung besonderer Beihilfen an Arbeiterinnen, die erkrankt haben.

Der Ausschuss (Berichterh.: Abg. Müller-Wittweide, Soz.) beantragt, beim Reich die dahin zu wirken, daß den in der Krankenversicherung erkrankten Arbeiterinnen im Freizustand Entschädigung, die entbunden und 8 Wochen vor der Niederkunft die Arbeit ausgeübt haben, eine besondere Beihilfe von 2 RM für jeden Kalendermonat der Nichtarbeitszeit bis zur Niederkunft gewährt wird. Weiter beantragt der Ausschuss u. a.: Den Oberversicherungsämtern mit Versorgungsberechtigten mehr Personal zur Verfügung zu stellen; darauf zu achten, daß den Versicherungsbehörden durch die Beihilfen, im Sozialwesen erfahrenes Personal und Angehörigenpersonal zur Verfügung gestellt wird; eine Erhöhung des festgesetzten durchschnittlichen Jahresarbeitsverdienstes in der Landwirtschaft zu veranlassen.

Der Berichterstatter vertritt sodann noch eine Reihe Minderheitsanträge seiner Partei.

Abg. Frau Thümmel (Soz.) fordert Gewährung ausreichender Beihilfen für schwangere Arbeiterinnen und -Mädchen. Der Ausschussantrag bedeute ein Begräbnis erster Klasse. Ihre Partei verlange Einstellung von 1 Million RM für diese Zwecke.

Abg. Müller-Clemm (K-Soz.) erklärt die Zustimmung seiner Fraktion zu den Minderheitsanträgen und beantragt Wiederherstellung des Antrages seiner Partei auf Einstellung von Mitteln in den Etat zur Gewährung von täglich 2 Mark (statt 1,50 Mark) an schwangere Frauen und Mädchen.

Abg. Slegert (Dn.): Seine Partei werde sich mit der Vermehrung der Versicherungsämter in dem von der Regierung geforderten Umfang abfinden unter der Bedingung, daß eine Aufstellung über die Tätigkeit der Versicherungsämter dem Landtag vorgelegt werde. Nicht einverstanden sei seine Partei mit der Aufstellung einer Blankovollmacht an die Regierung zur eventuellen Einstellung von weiterem Personal bei den Oberversicherungsämtern, auch nicht damit, daß an Vorstehenden der Gesundheitsämter auch solche Personen bestellt würden, die an Stelle der Befähigung zum höheren Verwaltungs- oder Richteramt eine besondere Vorbildung oder Erfahrung in der Reichsversicherung aufweisen.

Abg. Voigt (Dn.) verlangt vor allem, daß bei den Versicherungsbehörden nur Personen geschickter, ausgewählter Beamtenmaterial eingestellt werde. Weiter tritt er für die Minderheitsanträge ein und erklärte, die Regierung habe ihre Vorlage im vollen Einklang mit den Leitern der Versicherungsämter aufgestellt.

Abg. Dr. Schmidt (Komm.) wendet sich gegen die Zentralisierung der Krankenversicherung und tritt für eine Vermehrung des Beamtenapparates bei den Versicherungsämtern ein.

Finanzminister Weber erklärte, das Finanzministerium sei nicht in der Lage, den Antrag auf Einstellung von Mitteln für die Schwangeren-Beihilfen auszuführen. Es handle sich um eine reine Reichsangelegenheit, denn die Entscheidungen seien in der Reichsversicherungsordnung geregelt.

In der hierauf folgenden Abstimmung wird der vom Finanzminister abgelehnte Entschädigungsantrag der Nationalen angenommen. Im übrigen finden die Minderheitsanträge mit wechselnden Minderheiten Annahme.

Es folgt die Beratung über Kap. 3.

### Landwirtschaftsbetriebe

In Verbindung mit dem Antrag der Deutschnationalen Volkspartei auf Verpachtung der Staatsgüter des Wirtschaftsministeriums.

Abg. Dentschel (Dn.) beantragt als Berichterstatter Genehmigung der Einstellungen, sowie die Realisierung zu erwirken, die landwirtschaftlichen Betriebe des Staates nicht zu verpachten, sie im Gegenteil weiter als Berufs- und Betriebswirtschaften auszubauen und in staatlicher Regie zu betreiben; den volkswirtschaftlichen Ausschuss zu beauftragen; die Frage einer anderen Vermerkung- und Verwendungsmodalität der einzelnen Staatsgüter zu prüfen und darüber Bericht zu erstatten; die Staatsgüter wirtschaftlich so zu gestalten, daß sie keine dauernde Belastung für die Staatsfinanzen bedeuten; die Verwendung eines Teiles der Staatsgüter zu Schulungszwecken für Gutsherrn und Rentabilität der landwirtschaftlichen Güter die gesetzliche Betriebsverwaltung mitwirken zu lassen. Namens der Wirtschaftspartei beantragt der Redner, die dem Wirtschaftsministerium unterstehenden Güter oder Güterteile, die eine rentable Bewirtschaftung nicht gewährleisten, für eine Siedlungszwecke oder zur Verankerung angrenzender Kleinbäuerlichen Besitzes zu verwenden oder zu verpachten.

Abg. Schreiber (Dn.) vertritt den Antrag seiner Partei auf Verpachtung der Staatsgüter des Wirtschaftsministeriums. Man könnte vielleicht zwei oder drei der größten Güter vorläufig für staatswegen weiter bewirtschaften, wenn sie keine Zuschüsse erfordern.

Abg. Dohbert (Soz.) tritt für die Bewirtschaftung der öffentlichen Güter ein und verlangt, daß der Staat die landwirtschaftlichen Betriebe nicht verpachte, sondern noch weiter ausbaue.

In der weiteren Beratung des Kapitels 3, landwirtschaftliche Betriebe, erklärt Abg. Dr. Kahner (Dem.): Er könne nicht daran glauben, daß die Wirtschaftspartei, die die Sozialdemokratie vertritt, die bessere sei. Dem Antrag der Wirtschaftspartei, diejenigen Staatsgüter für Siedlungszwecke zu verpachten, die eine rentable Bewirtschaftung nicht gewährleisten, könne er zustimmen.

Abg. Schreiber-Dernöhrich (Komm.) spricht sich für Erhaltung des Staatsbesitzes aus, empfiehlt die Annahme der Anträge der Kommunistischen Partei auf Festsetzung der Arbeitszeit für alle landwirtschaftlichen Arbeiter und Arbeiterinnen auf durchschnittlich 48 Stunden wöchentlich, jedoch nicht mehr als 2400 Stunden jährlich, Verbot jeder Kinderarbeit, Instandhaltung der auf den Gütern vorhandenen Arbeiterwohnhäuser usw. Abg. Voigt (Dn.) wendet sich gegen die kommunistischen und die vom Ausschuss empfohlenen sozialdemokratischen Anträge und bezeichnet den Vermittlungsantrag der Wirtschaftspartei als annehmbar.

Der kommunistische Antrag: Die Arbeitszeit für alle Arbeiter und Arbeiterinnen wird auf durchschnittlich 48 Stunden wöchentlich, jedoch nicht mehr als 2400 Stunden jährlich festgelegt. In der Annahme. Abgelehnt werden die Anträge der Deutschnationalen und der Wirtschaftspartei. Annahme finden der abgeänderte Ausschussantrag, die landwirtschaftlichen Betriebe des Staates nicht zu verpachten, sondern sie in Staatsregie zu betreiben, sowie die übrigen Ausschussanträge. Abgelehnt wird endlich der sozialdemokratische Antrag, den Austritt der sächsischen Staatsgüter aus dem Landbau herbeizuführen.

Hierauf begründete Abg. Voigt (Dn.) den Antrag seiner Partei, die Regierung zu ersuchen, zur Förderung der Bodenkultur zu dem Zwecke der Beschäftigung Erwerbsloser Zuschüsse aus Mitteln der produktiven Erwerbslosenfürsorge zur Verfügung zu stellen und darüber hinaus diese Kulturarbeiten als Staatsmittel zu fördern.

Ein Vertreter des Wirtschaftsministeriums erklärt, der Antrag bewege sich durchaus im dem Rahmen derjenigen Bestrebungen, die das Wirtschaftsministerium schon seit geraumer Zeit mit allem Nachdruck verfolge. Zur Vornahme der landwirtschaftlichen Bodenverbesserung hätten bereits jetzt besondere Mittel zur Verfügung. Eine Annahme der Restitutionsstiftung sei für den Fall zu erwarten, daß die zur Zeit noch schwebende Diskussion des Reiches durchgeführt wird. Der Antrag geht sodann an den Haushaltsausschuss B.

Es folgt die Beratung der Anträge der Deutschnationalen und Kommunisten auf Aufhebung des

### Minderzuchtgesetzes.

Der Ausschuss beantragt, die Regierung zu ersuchen, die Ausführungsverordnung zum Minderzuchtgesetz dahin zu ergänzen, daß ein züchterisches Interesse insbesondere dann nicht vorliegt, wenn infolge Abmelkwirtschaft keine Aufzucht getrieben wird und ein züchterisches Interesse insbesondere ausreichend gewahrt ist, wenn die Väter züchterischer Rinder zwecks Realisation der Bullenhaltung zu einer Vereinnahmung aufgenommen sind und für die Vereinnahmung einer ausreichenden Zahl abgeförter Bullen Sorge tragen.

Wirtschaftsminister Dr. Wilhelm stellt fest, daß durch die Befreiung vom Zwange der Verpachtung unter der Landwirtschaft eingetreten sei.

Abg. Schladebach (Dn.) erklärt, die Landwirtschaft sei mit der vorgesehene Regelung einverstanden und werde dafür sorgen, daß die freiwilligen Bullenangehörigkeiten ausgebildet würden.

Hierauf finden die Ausschussanträge Annahme. Weiter liest Kap. 31.

### Gewerbe- und Dampfeselaufsicht.

vor. Hierzu hat der Ausschuss eine Reihe Anträge gestellt, die sich beziehen auf Erhöhung der Zahl der mittleren Gewerbe- und Handelsaufsichtsräten, auf weiteren Ausbau der Gewerbeaufsicht nach sozialnautischen Gesichtspunkten, auf genossenschaftliche Vereinnahmung bei den Gewerbeaufsichtsräten und auf Ausarbeitung einer Denkschrift über eine Zentralisierung und einheitliche Durchführung der Arbeiterüberwachung.

Nach längerer Beratung werden die Einstellungen genehmigt und die Ausschussanträge angenommen; dagegen wird ein kommunistischer Antrag, der sich gegen eine Verlangung der Polizeistunde richtet, an den Haushaltsausschuss A vermißt.

In weiterer Beratung werden die Entschlüsse: Gewerbeakademie zu Chemnitz, Staatsschulen zu Dresden, Leipzig, Plauen und Jittau, angenommen.

Zum Schluß wird noch ein Antrag des Abg. Kaiser (Dn.) angenommen, der die

### Erhöhung der Posttarife

behandelt. Nach dem Antrag wird die Regierung ersucht, bei der Reichsregierung und dem Verwaltungsrat der Reichspost mit allen Mitteln darauf hinzuwirken, daß solche Erhöhungen der gesamten Posttarife, die schädliche Teuerungswellen auslösen können, nicht verwirklicht werden. Eine Anfrage des Abg. Dr. Kahner (Dem.) bezüglich sich mit der angeforderten Tarifserhöhung der Reichspost und fragt die Regierung, was sie dagegen getan habe.

Wirtschaftsminister Dr. Wilhelm stellt fest, daß von Seiten der Regierung alles nur Erdenkliche getan worden sei, um die Erhöhung zu verhindern. Der wirtschaftsparteiliche Antrag wird in sofortiger Schlussberatung angenommen. Schluß der Sitzung gegen 10 Uhr.

Nächste Sitzung: Donnerstag, den 16. Juni, vormittags 11 Uhr. Tagesordnung: Sozialdemokratischer Mißtrauensantrag gegen den Ministerpräsidenten, kommunistischer Antrag auf Landtagsauflösung und Antizipat mit dazu vorliegenden Anträgen.

### Zur Umbildung der sächsischen Regierung.

X Dresden. Ministerpräsident Seidt hat am Dienstag nachmittag an den deutschnationalen Abgeordneten Berg ein Schreiben gerichtet, in dem er ihm die Uebernahme des Wirtschaftsministeriums antrug. Der Abgeordnete Berg hat nach Rücksprache mit seiner Fraktion das Angebot des Ministerpräsidenten abgelehnt.

### Erklärung Dr. Stresemanns in Genf.

Genf. (Zuntzdruck.) Bei Behandlung der Arbeiten des vorbereitenden Abklärungsausschusses im Völkerbundrat gab heute vormittag Reichsaussenminister Dr. Stresemann vorliegende Erklärung ab:

„Wir alle haben mit größtem Interesse, aber auch mit gewissen Bedenken die Arbeit verfolgt, die der vorbereitende Abklärungsausschuss bisher vollbracht hat. Ohne diese bis jetzt geleistete Arbeit zu unterschätzen, müssen wir sehen, daß der vorbereitende Ausschuss nicht imstande gewesen ist, die Lösung dieses Problems sehr weit zu fördern. Ich glaube, es ist notwendig, daß eine grundlegende Änderung durchgeführt werden muß, wenn die zweite Phase nicht mit einem Beschluß enden soll, der dem Ansehen des Völkerbundes abträglich wäre. Das Abklärungsproblem ist einer der wichtigsten Aufgaben des Völkerbundes, und auf seiner Lösung beruht in weitestgehendem Maße die ganze Wirksamkeit des Völkerbundes. Die Lösung, die nach vor wenigen Jahren einfach auslag, scheint dem Bericht zufolge auf einen fernliegenden Zeitpunkt verlagert. Nach dem Voti haben alle Völkerbundmitglieder die Verpflichtung, ihre Kräfte zu vermindern und eine Aufgabe durchzuführen, die sofort hätte aufgenommen werden müssen, auch wenn sie nicht in der Völkerbundsversammlung festgelegt wäre, weil sowohl die Existenz wie die Tätigkeit des Völkerbundes von allgemeinen Abklärung abhängen. Ich will hier nicht die Gründe wiederholen, die die Abklärung an einer dringenden Aufgabe machen. Sie wurden im vergangenen März und April zur Genüge dargelegt. Aber ich möchte die Aufmerksamkeit aller Völkerbundmitglieder auf die Wichtigkeit der Schriftstücke lenken, die vor uns liegen und ich möchte die Hoffnung aussprechen, daß die Erörterungen der Völkerbundsversammlung im September dem Abklärungsproblem einen neuen Anstoß geben, damit hierdurch der ehrliche Wille zur Abklärung und zur Durchführung von Art. 8 des Völkerbundsstatutes geklärt werde.“

### Der Reichspräsident wieder in Berlin.

X Berlin. Der Reichspräsident ist von seinem Besuch bei der anhaltischen Regierung in Dessau heute früh wieder in Berlin eingetroffen.